

Arbeiterkorrespondenz während des Verbotens:

Seiffhennersdorf. (Aus dem Gemeindeparlament.)

Die am 11. Mai stattgehabte Gemeindeparlament-Sitzung gab wieder einmal den anwesenden Zuhörern Anschauungsunterricht, wie in dieser Arbeitergemeinde Politik getrieben wird. Nach verschiedenen belanglosen Punkten kam man zur „Einführung des polizeilichen Nachdienstes“, d. h. zur Vermehrung der Polizei. Die Bürgerlichen und Sozialdemokraten beantragten Verlangung des Punktes bis zur Haushaltsplanberatung. Genosse Stein gab den Standpunkt der kommunistischen Fraktion dahingehend bekannt, daß die Kommunisten jede Vermehrung der Polizei ablehnen.

Zur Kriegerverehrung verließ der Bürgermeister Richter eine Eingabe der vereinigten Korporationen betr. Errichtung eines „Heldentempels“. Der bürgerliche Gemeindeverordnete „Schumann begründete nach dem „patriotischen“ Wesse diese Eingabe. Nachdem sich einige bürgerliche Gemeindeverordnete diese Angelegenheit schmachhaft gemacht hatten, meldete sich Genosse Stein zum Wort und führte aus, daß die KPD. auch für eine Kriegerverehrung sei, aber in anderer Form. Wenn die vereinigten Korporationen ein Kriegerdenkmal haben wollten, und sei es selbst in Andenken von Taten am alten Denkmal, so sei dies ihre ureigenste, persönliche Sache. Die Gemeinde hätte damit nichts zu tun. Wenn die Gemeinde im Andenken an die gefallenen Ortsjöhne etwas tun wolle, so möge sie eine Stiftung schaffen, die den Hinterbliebenen und Kriegeschädigten zugute komme und so ein dauerndes Gedächtnis zu Ehren der Gefallenen schaffe. Die kommunistische Fraktion werde daher gegen ein „Heldentempel“ stimmen. Der Genosse Ort gab noch erklärende, kommunistische Ergänzungen, wobei er die Bürgerlichen scharf bekämpfte. So bewegte sich die Diskussion in scharfen Auseinandersetzungen. Zum Schluß erklärte dann noch der bürgerliche „Arbeitervertreter“ Artur Jentsch, seine Fraktion hätte nun nach harter Auseinandersetzung der Dinge nichts mehr gegen die Errichtung eines Kriegerdenkmals einzuwenden und würde der Sache zustimmen. Also erst jungfräuliches Schmolzen und dann wieder festumschlungen rechtes Bürgerium und Sozialdemokratie. So steht der konsequente Sozialismus der Sozialdemokraten aus. Die Abstimmung über diesen Punkt ergab, daß gegen die zwei Stimmen der Kommunisten und eine Stimmenthaltung des SPD-Mannes Dirsch beschlossen wurde, ein Kriegerdenkmal zu errichten. Es wurde dann noch ein Ausschuß zu dieser Sache, bestehend aus 3 Bürgerlichen und 2 Sozialdemokraten, gebildet, und die Einheitsfront zwischen schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-weiß wieder hergestellt.

Es folgt dann die übliche Dunkelkammer.

Die kommunistische Fraktion möchte weiter dem Verzicht erlassen, der Oberbürgermeister den guten Rat geben, in Zukunft mehr bei sozialdemokratischen Beratern zu verbleiben und dieselben nicht in solch entstellender Weise bringen, wie dies im Bericht von der letzten Sitzung geschah. Wenn das Bürgerium die so viel gepriesene „Öffentlichkeit“ nach dem Ausspruch des bürgerlichen Gemeindeverordneten Oberbürger Jäger ist, so bedankt sich die hiesige Arbeiterkorrespondenz in Zukunft für solche Berichte. Sie wird die „Arbeiterstimme“ als ihr Organ betrachten und die Dorfante zum Hause hinaus-schmeißen.

Sozialdemokratische Arbeiter gegen die Beschlüsse ihrer eigenen Gemeindeverordnetenfraktion.

Seiffhennersdorf. Die am 20. Mai abgehaltene Sitzung des hiesigen Ortsausschusses des VDBB. war wieder ein Beweis dafür, daß es nun unter den sozialdemokratischen Arbeitern zu dümmern anfängt. Das Schreiben des Bürgermeisters Richter als Ehrenvorsitzender des Kriegerdenkmalsausschusses hatte es ihnen angetan. Nachdem selbst von SPD-Delegierten die zweifelhafte Stellung der sozialdemokratischen Gemeindeverordneten geäußert wurde, ging dann der Genosse Weigelt mit diesen bürgerlichen Arbeitervertretern scharf ins Gericht. Er legte unter anderem, für den Ortsausschuß als proletarische Organisation könne eine materielle und persönliche Beteiligung an der Kriegerdenkmalsangelegenheit nicht in Frage kommen, er gab präzis die Stellung der kommunistischen Gemeindeverordnetenfraktion in dieser Frage an dieser Stelle bekannt und forderte alle Delegierten auf, diese Aufforderung des Bürgermeisters zur Beteiligung an der Kriegerdenkmalsfrage abzulehnen. Die SPD-Leute G.H. Ernst, Clemens und der Ortsausschußvorsitzende Emil Hoffmann brachen dann noch eine Lanze für diese Frage, aber sie zogen nicht mehr. Mit 23 gegen 8 Stimmen wurde das Annehmen des Bürgermeisters Richter abgelehnt. Also Arbeiter und Arbeiterinnen von Seiffhennersdorf, ihr steht wieder einmal, wie durch den moralischen Druck der Kommunisten im Gemeindeparlament selbst sozialdemokratische Arbeiter und Vertrauensleute auf den richtigen Weg des Klassenkampfes zurückgebracht werden.

An den Branger

Etwas über Tharandter „Sozialismus“.

Wir bringen diesen Aufsatz eines Arbeiterkorrespondenten vollständig, weil er ein Symptom für die gute, klassenbewusste Denkfähigkeit dieses Proleten ist, und weil er jedem Arbeiter ein Aufsporn sein kann, freiwillig Mitarbeiter unserer Zeitung zu werden.

Die Freitags-Vollzeitung (das „Revolverbblatt“) nach dem Ausspruch eines jetzt in ihren Reihen gefandenen Revolutionärs in einer von der KPD. einberufenen öffentlichen Versammlung brachte des öfteren Anzuspinnungen gegen die andere als Kiste, Barman, Hoffmann und ihre Partei denkende Arbeiterkorrespondenz. Da das Auseinandergehen über strittige Fragen vor einem öffentlichen Forum noch eine Eigenschaft der heutigen SPD. war und auch in Zukunft bleiben wird, vertritt man sich hinter das Schilde von Bescheiden. Zu feig, es Mann gegen Mann zu tun, so auch ihre Taktik gegenüber der KPD. Vereine, deren Leitung sich als kommunistenverdächtig gezeigt haben, sind das Ziel ihrer Hufeisen. Von einer geradezu verbrecherischen Arbeit, die zur Zerstückelung der Vereine führen muß, zeigen sich schon sehr deutlich Spuren, die Tränenweiber und Einheitsapostel, die sich nicht genug über die Spaltungsarbeit der Kommunisten entrichten können, sie merken gar nicht, daß sie objektiv die Spalter der Arbeiterbewegung sind, und das dürfte, als die wirklich Verbündete der Reaktion, wohl auch ihre Absicht sein. Oder sollte das nicht stimmen? Was für ein Verstand, die es trifft, auf die letzte Reichspräsidentenwahl besinnen, wo schon vor Tagesanbruch die sonst mit sozialdemokratischen Tiraden bekannten Propagandatafeln für den schwarzen Zentrumsmann und seine kapitalistischen Hintermänner vor das Wahltotal schon hinausgeschleppt wurden. Was aber ihren Haß so aufzubringen läßt, ist weiter gar nichts anderes, um es kurz und frei zu sagen, daß sich noch nicht alle Arbeiter als unterwürfig und knechtig den

von den Kapitalisten gefausten und bestochenen Führern der SPD. unterordnen, wie sie es trotz Maulaufreiens tun. Nun einige Dinge, die jetzt besprochen werden sollen. Der Arbeiter-Turnverein hat, um den Schülern des Schützenhauswirts in Tharandt zu entgehen, sich ein anderes Vereinslokal gesucht, was jetzt mehr und mehr von den früher dort verkehrenden Arbeitern besucht wird, außer der SPD., dem Gesangsverein und der mit ihr sympathisierenden Arbeiterkorrespondenz. Dieser Zustand wurde verschärft durch einen unmenlichen Kobelitsch an einem bei dem Wirt verkehrenden Gast. Das ganze Verhalten des Wirts stand in einer ordnungsgemäß einberufenen Sportartell-Sitzung, die sich der Sache annahm, zur Ausprache. Man kam nach längerer Diskussion überein, daß jeder Klassenbewußte Arbeiter das Lokal zu meiden hat. Nun sollte man meinen, daß die SPD., die sich an einer Aussprache der Tharandter Vereine, die untereinander geführt wurde, beteiligte und durch ihren Vorstehenden Wunsch sich ebenfalls auf Grund der feststehenden Tatsachen für das Weiden aussprach, daß sie den dort einmütig jutage getretenen Willen respektieren, oder aber keine Hindernisse bereiten, was leider nach dem vorher Erwähnten nicht der Fall ist. Um aber das Verhalten der SPD. zu verstehen, möchte nur noch erwähnt werden, daß der Wirt (Mitglied aller nationalistischen Vereine) zum Heberlauf auch nach in die SPD. eingetreten ist. Also Parteigänger. Das im selben Lokal am 7. Dezember vorigen Jahres in Erscheinung getretene Ereignis: „In den Armen lagen sich beide und weinten vor Schmerzen und Freude“, nämlich der SPD.-Mann Köppe, und der Deutsch-Volkspartei-ler Wölbe bei dem großen Wahlsieg, nimmt uns denn allerdings nicht Wunder.

Da nun aber noch diese die Stim beissen, Arbeiterkorrespondenz zu ihrem Weintrunkel (denn das war es doch, Tänzchen bis in die frühen Morgenstunden nach den schöngeistigen Vorbereitungen des 1. Mai durch ihren linken Arm) aufzufordern, wo sie genau die Stellung der Vereine zu dem Lokal weiß, ist schon etwas starker Tobal. Statt sich über das Verhalten des Vorstehenden des Arbeiter-Kadefahrervereins zu entrüsten in dem in der Freitags-Vollzeitung erschienenen Artikel am 30. April, sollte diese doch lieber den Brief zum Abdruck bringen, der ihr jugendlich worden ist.

Etwas muß noch richtiggestellt werden, daß der Vorstehende des Arbeiter-Kadefahrervereins nicht Mitglied der KPD., sondern parteilos ist. Also daneben geschlossen! Nun zum Schluß: Wir werden in Zukunft besser, als es bis jetzt der Fall war, mehr auch Tharandter Vorkommnisse in unserer Presse besprechen, und wir raten euch jetzt, den Mund nicht mehr so voll zu nehmen, da unsere Kistenschloß noch voll blanker Waffen ist und ihr dabei immer ein Tächtiges übers Ohr bekommen könntet. Wir raten den Arbeitern, sich den Standpunkt anzueignen, den der Vorstehende des Arbeiter-Kadefahrervereins eingenommen hat, dann dürfte die Front der Arbeiter bald hergestellt sein.

Faschistische Nächstenliebe

Die thüringische bürgerliche Regierung hat eine Verordnung erlassen, die den Schülern der jeßliche Betätigung im kommunikativen Sinne in und außerhalb der Schule verbietet. Man will die Bewegung des Jungpartaiabundes zerlegen.

In Sachen geht man mit anderen Mittel zu Werke. Die Oberschüler und Stahlhelmlaute gruppieren 10 bis 12 Kinder unter sich, wo sie zu Bruderschaften zusammengeschlossen werden. Das geschieht vielfach ohne Wissen der Eltern. An die Kinder anzuloden, werden Zuckerrüben und dergleichen als Lockmittel verwendet. Auch sonst wird manche Vergünstigung gewährt, als abgetragene Kleider und dergleichen mehr. Manche Eltern sind dadurch ausgehöhlt und überlassen ihre Kinder den Faschistenjünglingen. Diese, von der Bourgeoisie ausgehaltenen Burlesken, kommt es lediglich nur darauf an, das erwachende Klassenbewußtsein der Kinder einzudämmen.

Am 25. April unternahmen die „höheren“ Schüler von Pirna eine Tour nach Dresden. Sie besuchten jedenfalls den Zoo, um festzustellen, ob der Mensch wirklich vom Affen abstammt. Ihr sonst affiges Benehmen dürften den Lehrern Veranlassung gegeben haben, den Schülern zu empfehlen, sich an Ort und Stelle über ihren Stammbaum Erkundigungen einzuziehen.

Als es nämlich in Pirna an das Einzelgänger ging und infolge des Andranges wenig Platz war, erklärten die Oberschüler, es entspreche nicht ihrer Würde, mit den Unterschülern in einem Kuppe zu fahren. Die Berrentungen ihrer mit Leder-gommaten behafteten Peine, das Hin- und Herbeugen des Oberkörpers, ihr Rajentzümpfen usw. bestärkte den Beobachter, daß ihre Reife der schon erwähnten Erkundigung dienen müsse.

Wenn man nun bedenkt, daß diese Jagdfolge sich noch nicht einmal bei ihren jüngeren eigenen Klassenangehörigen wohlfühlen, wie viel mehr bei Proletarierkindern. Das sollte den Arbeitereltern doch zu denken geben. Ihre Bemühungen um die Arbeiterkinder haben lediglich nur den einen Zweck, sie für die bürgerliche Ausbeutung gefällig zu machen, das Klassenbewußtsein der Jugend zu unterdrücken, damit den heranwachsenden Bourgeoisiefröhen ein angenehmes Dasein besahen bleibt. In Anbetracht dieses Zieles bringen es diese Faschistenjünglinge auf einmal vorübergehend fertig, ihren Stolz und Eitel zu überwinden und mimen nach außen die wohlwollenden Hüter der Proletarierkinder.

So wie hier, liegt es bei allen Einrichtungen, die die bürgerliche Ordnung und nach außenhin als Arbeiterwohlfaht bezeichnet. Unter dem Deckmantel der christlichen Nächstenliebe plant man überall in die jungen Arbeiterherzen das Gift der bürgerlichen Unterwürfigkeit. Die Bourgeoisie gibt Heber Tausende zu Wohltätigkeitszwecken, als daß sie ihren Arbeitern einen auskömmlichen Lohn bezahlt. Man muß von ihrem Gesichtspunkt aus die Arbeiter in jeder Beziehung abhängig und gefällig machen, damit die Bourgeoisie ihre Herrschaft erhalten kann.

Im Kinderheim („Zachjenland“) in Pirna liegt es gleichfalls so. Dort sind Kinder von Arbeiterinnen untergebracht, die kein eigenes Heim haben und tagelöhner in Stellung oder im Betrieb tätig sind. Bei der Errichtung dieses Kinderheimes, das für die Vermissten der Armen sein sollte, wurde damals darauf hingewiesen, daß eine religiöse Beiratsung nicht erfolgen dürfte. Die Stadtväter taten damals entsetzt, als diese Vermutung zum Ausdruck kam. Es gelte doch lediglich nur der Pflege der armen Kinder. Die Schwestern würden natürlich nur unter sich ihren religiösen Schwestern Ausdruck zu verleihen, das könnte man doch nicht verwehren. Wollen wir auch nicht, jeder soll nach seiner Passion fertig werden. Wir wehren uns aber dagegen, daß die Schwestern ihre Pflicht darin erblicken, den wohlgeleiteten Kindern, ihren Pflegslingen, ihre Anschauung mehr als nötig, einzutauschen. Bei Spaziergängen hört man jetzt nur noch christliche Lieder. Für die Vorgänge in der Natur ist anscheinend kein Verständnis vorhanden. Hier gäbe es für Sangeslustige wirklich Volklied genug, die auch jungen Herzen näher liegen. Aber man glaubt keine Zeit für gesungen, demonstrieren seine religiösen Empfindungen aller Öffentlichkeit vorzutragen, um zu zeigen, welcher Klasse man zu dienen sich für verpflichtet hält.

Arbeitereltern, wendet diesen Vorfällen die nötige Aufmerksamkeit zu. Beobachtet eure Kinder, wie sie mehr und mehr dem Elternhaus entfremdet werden sollen. Erkennt, wo die Reize liegen soll. Ausgebildete gehören zusammen. Nur

so seid ihr in der Lage, die Pläne der Bourgeoisie abzuwehren und euch durch Zusammenbruch einen angemessenen Lohn zu erringen, der euch dann von der Wohlthätigkeit eurer Ausbeuter entbinde. Wenn aus eurem Leben und egypte eure Kinder zu wirklichen Klassenkämpfern, indem ihr sie dem Jungpartaiabund zuführt.

Freital. Der Rat teilt mit:

Mit den Beschlüssen über Berufsbelästigungen durch die Gasbereitungsanlage der Kraftwerke Freital hat sich der Gemeinderat in seiner Sitzung sehr eingehend beschäftigt. Es wurde von einem Gutachten des städtischen Gesundheitsamtes sowie von den Erklärungen der Berufsbelästigung Kenntnis genommen. Am liebsten war in der Hauptsache zu entnehmen, daß die fragliche Anlage sich noch im Stadium des Ausprobierens befindet und auf Beseitigung der jutage getretenen Mängel mit allen Kräften hingearbeitet werde. Von dieser Seite wurden auch die vorgebrachten Beschwerden als übertrieben bezeichnet und darauf hingewiesen, daß es sich nicht um Gasgerüche, sondern um Gerüche handle, die dem Ammoniakwasser entstammen.

Zur Beseitigung der jutage getretenen Mängelstände erbat sich die Berufsbelästigung eine längere Frist. Die Mehrheit des Rates konnte sich jedoch nicht entschließen, diesen Weg zu beschreiten. Es ist vielmehr beabsichtigt, diesen Weg zu beschreiten die Stilllegung der Anlage zu fordern und deren Inbetriebnahme erst dann wieder zuzulassen, wenn die jutage getretenen Mängelstände beseitigt sind. Maßgebend für diese Stellungnahme war insbesondere der Umstand, daß seitens der Stadtverwaltung schon seit längerer Zeit auf Beseitigung des gekennzeichneten Mängelstandes gedrängt worden ist, ohne daß Besserung eintrat, und daß nach dem Gutachten des Gesundheitsamtes durch die üblen Gerüche gesundheitsschädliche Störungen bei den Anwohnern, insbesondere bei solchen mit schwächerer Konstitution eintreten können.

Ökris. (Selbstmord aus Furcht vor dem Militärismus.) Ein Ökriser Arbeiter teilt uns mit: Am 13. d. Mts. gegen Abend machte der 21-jährige Arbeiter Michael Bach aus Ökris, Frauenstraße, durch Ertrinken in der Reiche seinem Leben ein Ende. Der Lebensmüde sollte zum Militär in der Tischschiffswerkstatt einrücken. Aus Furcht vor dem kommenden Krieg griff er zu diesem Mittel. Dieser Fall zeigt nur, daß der junge Mann noch nicht Klassenbewußt sein konnte, sonst hätte keine Aufgabe sein müssen: Anschluß an die Rote Front und Hand in Hand mit den Tausenden revolutionärer Arbeiter den Kampf gegen den Militarismus und das kapitalistische System aufnehmen.

Weigen. Die königliche Volkszeitung — auch Tante genannt — von der Rahnmannstraße kann sich nicht beruhigen über den Verlust eines Stadtverordnetenmandats ihrer Limbacher Genossen und schiebt die Schuld wuschonabend der KPD. zu, indem sie schreibt: „Mit der Herrschaft der früher in Limbach allmächtigen Kommunisten ist es nun vorbei und das Bürgerium triumphiert. Die kommunistischen Hirngespinnne haben auch die Sozialdemokratie mit in die Niederlage hineingezogen und der gesamten Arbeiterkorrespondenz eine Niederlage bereitet. Der Wahlausfall in Limbach beweist wieder deutlich, daß die Kommunisten die Vorhut der Reaktion sind. Die Arbeiterkorrespondenz hat nun endlich die Konsequenzen daraus zu ziehen und dem kommunistischen Wirrwort ein Ende zu machen.“ — So, so — also die kommunistischen Hirngespinnne sind an der sozialdemokratischen Untertürliche Schuld. Bisher schrieb man immer, daß die Arbeiter endlich zur Einsicht kämen und den SPD.-Parolen keine Folge mehr leisteten usw., und nun der Limbacher Wahlausfall, wo ausgerechnet die SPD. ein Mandat verlor und die KPD. sich behauptet, weiß man nichts mehr von der ersten Behauptung. Ja, meine Herren der Königlich, nur noch ein paar Jahre so weiter, und kein Arbeiter wird mehr zur SPD. halten, denn die Niederlagen der Arbeiterkorrespondenz kommen auf das Konto der SPD. Siehe Roster: „Einmal muß den Büshund mochen!“ Allen Arbeitern rufen wir zu: Gebt ihnen wie in Limbach die Quittung dafür!

Was ist Wahrheit

und wer sind die Ehrabschneider und Lügner?

Pirna. Anlässlich des großen Bergarbeiterstreiks auf Jecher „Minister Stein“ beantragte die Fraktion der KPD. in der unmittelbar nach dem Unglück folgenden Sitzung der Stadtverordneten eine Summe für die Hinterbliebenen der Kapitalisepfer auszuwerfen.

Der Genosse Siegfried Rabel begründete den Antrag und schilderte zur Begründung das Elend, in denen sich die Hinterbliebenen befinden. Seine Schilderungen stützen sich auf die Berichte des Betriebsrates der Jecher.

Der Antrag wurde von der Rechten auf ein Fünftel der votus beantragten Summe herabgewürgt. Am nun nicht als Henker des arbeitenden Volkes angesehen zu werden, sondern als Freund der Kollekten, erklärte die nationale Arbeitsgemeinschaft durch Herrn Witte, Direktor im Stahlwerk (nach Dortmund) (?) die Behauptungen des Genossen Rabel als Schwindel, um in der schamlosesten Weise ihre arbeitserfindliche Haltung vor der Öffentlichkeit zu decken. Außerdem verweigerte er seine Abgrenzung von dem „andern Sohn eines armen Bergarbeiters“, Herrn O. Müller, Ausführungen mit einem Beisitz des Dortmunder Oberbürgermeisters zu begründen. Der Genosse Rabel ließ durch die Fraktion in einer späteren Sitzung erklären, daß er, sobald er Zeit habe, zu dem Verlegenheitsgottammel der Monarchisten und vor allem zu dem Geschreibsel des Ehrabschneiders auf der Langenstraße Stellung nehmen werde. Genosse Rabel konnte wegen seiner Reichstagsfähigkeit das bisher leider nicht.

Am so wertvoller erscheint uns ein Bericht, den wir aus der königlichen Volkszeitung aus Dresden entnehmen, der voll und ganz die Ausführungen des Genossen Rabel bestätigt und Herrn „Bergarbeiterjah“ Wittes dreieigen ehrabschneiderischen Geschichtsklittern widerlegt. Hier die grausame Wahrheit aus der SPD.-Presse:

„Die Hinterbliebenen der Bergarbeiter! Die Hinterbliebenen der Opfer des Unglücks auf „Minister Stein“ haben zur Wahrung ihrer Interessen eine Ausschuh eingeleitet, der sich mit einem Erbitterung wird bekämpft, daß trotz den schönen Worten des Trostes und allen Versicherungen, schmerzliche Hilfe zu schaffen, sich die Hinterbliebenen heute in größter Not befinden. Es sind an Spenden 1 061 951 Mark eingegangen. Diese Gelder werden von einem Spendenausschuh verwaltet, der von der preußischen Regierung, des Reiches und dem je ein Vertreter der Staatsregierung, des Regierungsbezirks Kresberg, der Bergbehörde, der Landesverwaltung hat bestimmt, daß 600 000 Mark für die Hinterbliebenen verwendet werden sollen. Jede Familie erhielt 200 Mark monatlich. Die weitere Ausschuhung der Spenden soll allmonatlich gegahlt. Die weitere Ausschuhung der Spenden soll allmonatlich in Form einer Rente erfolgen. Sie beträgt für die Witzen pro Monat 10 Mark und für jedes Kind 5 Mark. Aber in einzelnen Fällen sind 50 Mark und in einzelnen anderen Fällen 20 bis 30 Mark bewilligt worden. Die Familien der letzten Opfer erhalten einen Zuschuh von 10 bis 20 Mark; zwei Pa-

Illien wa während in Sohle M summe der des Hinter sind der H Zinlen bei die nicht a Wir a „Wohlfahrt“ gebracht he Röhres u werden mi

Die G lenden A nnt nicht nu landes“ Die 2 Tag des gegen die liebenen, Ein Tag Dorn und fahrtsweie herung V oberhaupt sohweg lisch erlä für die atunft erh „nicht nur lehr bald fahrtsweie auf Kofle später, ge daß eine seiffchen“ Seite un Eltern je daß die 2 lei jstanz der Arme uns eigen Staat ur kümern. Kernlern nahm der Gemeinde birgt“ i Berordn Hof in 2 wir in 3 den and zu 70 Br

Tritt an „Arbe

trische, w trifft, na lingo 2 15 000 2 300 Mark der Klei Armenun 20 000 B Erwerb Pirna.

Nur fuchter „Wahnen viele fest daß das wenig können, Arbeiter vornehmlich ab, der Kri einfach ist eine friebigu wld.

Der maligen Ja, fr Zeit w Straße politit. gilt der der, d lie doch Stabtan Kriethilf zu vorurteil wältigen wähnt links n beiterleid funkt b ber per die Di wartun

Di dieser vorstell Di Schull hälft. her im fähigung jeder i Zu nungen Stadtbeh daß ei H illegal in Lin er be